

Betreff:

AW: Berichts-anforderung RP-KS - Firma Wilke -

Von: Funktionspostfach Veterinäre (RPKS) <[REDACTED]@rpks.hessen.de>

Gesendet: Freitag, 18. Oktober 2019 12:43

An: [REDACTED]

VetAbt (HMuKLV) <[REDACTED]@umwelt.hessen.de>

Cc: [REDACTED]

Betreff: AW: Berichts-anforderung RP-KS - Firma Wilke -

Amtliche Lebensmittelüberwachung

Lebensmittelbedingter Krankheitsausbruch verursacht durch *Listeria monocytogenes* in gekühlten Wurstwaren der Firma Wilke

Beigefügt übersende ich Ihnen den Bericht zum Fragenkatalog vom 14.10.2019.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[REDACTED]

Dezernat

Veterinärwesen und Verbraucherschutz

HESSEN



Regierungspräsidium Kassel

Am Alten Stadtschloss 1

34117 Kassel

Tel.: +49 (561) 106 [REDACTED]

Fax: +49 (611) 327641638

Web: www.rp-kassel.hessen.de

E-Mail: [REDACTED]@rpks.hessen.de

Von: Funktionspostfach Abteilung 2 (RPKS) <[REDACTED]@rpks.hessen.de>

Gesendet: Dienstag, 15. Oktober 2019 14:41

An: [REDACTED] >

Betreff: WG: Berichts-anforderung RP-KS - Firma Wilke -

Priorität: Hoch

Von: [REDACTED]

Gesendet: Dienstag, 15. Oktober 2019 13:49

An: Poststelle (RPKS) <[REDACTED]@rpks.hessen.de>

Cc: [REDACTED] Funktionspostfach Abteilung 2 (RPKS)
<[REDACTED]@rpks.hessen.de>; [REDACTED]
[REDACTED]

Betreff: Berichts-anforderung RP-KS - Firma Wilke -
Priorität: Hoch

Amtliche Lebensmittelüberwachung:
Lebensmittelbedingter Krankheitsausbruch verursacht durch *Listeria monocytogenes* in gekühlten Wurstwaren der Firma Wilke Waldecker Fleisch- und Wurstwaren GmbH & Co KG

[REDACTED] 020c 04.03.24-001/

Beigefügten Erlass übersende ich Ihnen mit der Bitte um zügige Beantwortung.

Im Auftrag
[REDACTED]

**Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**
Referat V 3 „Vollzug der amtlichen Lebensmittelüberwachung,
Lebensmittel tierischer Herkunft, Futtermittel“
Mainzer Straße 80
65189 Wiesbaden
Tel: +49 (0) 611 / 815 [REDACTED]
Fax: +49 (0) 611 / 327181499
E-Mail: [REDACTED]
Internet: www.umweltministerium.hessen.de



Regierungspräsidium Kassel · 34112 Kassel

Hessisches Ministerium für Umwelt,
Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbrau-
cherschutz

in Wiesbaden

Geschäftszeichen	RPKS - [REDACTED] 1602/3-2019/1
Dokument-Nr.	[REDACTED]
Bearbeiter	[REDACTED]
Durchwahl	0561 106-[REDACTED]
Fax	0611 327641638
E-Mail	[REDACTED]@rpks.hessen.de
Internet	www.rp-kassel.hessen.de
Ihr Zeichen	[REDACTED] 020c 04.03.24-001/
Ihre Nachricht	14.10.2019
Besuchsanschrift	Am Alten Stadtschloss 1, Kassel

Datum 18. Oktober 2019

Amtliche Lebensmittelüberwachung

Lebensmittelbedingter Krankheitsausbruch verursacht durch *Listeria monocytogenes* in gekühlten Wurstwaren der Firma Wilke

Zu den Fragen, die Sie mir in Ihrem am 15.10.2019 übermittelten Erlass vom 14.10.2019 gestellt haben, berichte ich nachstehend. Meinen Ausführungen voranstellen möchte ich noch anmerken, dass ich unmittelbar nach dem Eingang der Meldung eines positiven Abgleichs einer Planprobe der Firma Wilke mit dem Listeriosecluster Sigma1 am 19.09.2019 um eine gemeinsame Telefonkonferenz mit Ihrem Hause gebeten und Sie anschließend sowohl innerhalb der folgenden Telefonkonferenzen als auch auf anderen Wegen jeweils vollständig und auf der Grundlage meiner Informationen richtig informiert habe. Alle anschließend getroffenen Entscheidungen wurden mit Ihrem Hause abgestimmt.

1.

Seit wann und von wem waren Sie darüber informiert, dass der Betrieb Wilke ein Listerienproblem hat und welche fachaufsichtlichen Konsequenzen wurden daraus gezogen?

Über den Listeriose-Ausbruch „Sigma 1“ wurde ich durch Ihre an den Landrat des Landkreises Waldeck-Frankenberg gerichtete E-Mail vom 20.08.2019 informiert, in der Sie den Landrat um Ermittlung und Berichterstattung gebeten hatten. Obwohl ich nur nachrichtlich informiert wurde, forderte ich als erste fachaufsichtliche Konsequenz telefonisch ebenso einen Bericht vom Landrat an. Der Landrat berichtete mir am 29.

Wir sind telefonisch mo. - do. von 08:00 - 16:30 Uhr und fr. von 08:00 - 15:00 Uhr ständig erreichbar. Besuche bitte möglichst mo. - do. in der Zeit von 09:00 - 12:00 Uhr und von 13:30 - 15:30 Uhr, fr. von 09:00 - 12:00 Uhr, oder nach tel. Vereinbarung.

Postanschrift: Am Alten Stadtschloss 1 34117 Kassel Vermittlung: 0561 106-0.

Das Dienstgebäude Am Alten Stadtschloss 1 ist mit den Straßenbahnlinien 3, 4, 6, 7 und 8 (Haltestelle Altmarkt), den RegioTrams 1 und 4 (Haltestelle Altmarkt/Regierungspräsidium) sowie verschiedenen Buslinien zu erreichen.



August über den bisherigen Sachstand. Daraufhin veranlasste ich eine gemeinsame Betriebskontrolle und Besprechung am 05.09.2019 und eine gleichzeitige fachliche Abstimmung mit Ihnen, dem Landeslabor und dem Amt über die weiteren Maßnahmen.

2.

Wie oft wurde der Betrieb im Rahmen der Fachaufsicht und in Ihrer Zuständigkeit als Zulassungsbehörde inspiziert?

Ich gehe davon aus, dass sich Ihre Frage auf die Kontrollen in den letzten 10 Jahren beschränkt und nicht alle Kontrollen seit Erstzulassung des Betriebs im Jahre 1973 gemeint sind. Als Zulassungsbehörde habe ich eine Kontrolle im Jahr 2013 durchgeführt. Am 29.01.2014 fand eine Kontrolle durch die Task-Force-Lebensmittelsicherheit statt, an der auch ein Mitarbeiter meiner Behörde beteiligt war. Im Mittelpunkt der Kontrolle stand die Prüfung des HACCP-Systems des Betriebs, da Ende 2013 Salmonellen in verschiedenen Rohwürsten festgestellt worden waren. Weitere Kontrollen des Betriebes durch meine Behörde haben seitdem nicht mehr stattgefunden, da mir keine zulassungsrelevanten Mängel des Betriebes vom Landrat mitgeteilt worden waren.

Im Rahmen des laufenden Geschehens erfolgten am 05.09.2019 eine Kontrolle des Eigenkontrollkonzepts (ohne Kontrolle der Betriebsräume) sowie am 02.10.2019 die der Betriebsschließung vorausgehende Kontrolle. An beiden Kontrollen habe ich in beiden Eigenschaften als Fachaufsichtsbehörde und als Zulassungsbehörde teilgenommen.

Hatten die Ergebnisse der Betriebskontrollen Auswirkung auf die Zulassung der Firma Wilke?

Die im Rahmen der Kontrollen in den Jahren 2013 und 2014 festgestellten geringfügigen Mängel hatten keine Auswirkungen auf die Zulassung, insbesondere da sie nach Angaben des Landrats zügig abgestellt wurden. Die Kontrollen der letzten Wochen könnten noch Auswirkungen haben, da die Aufhebung der Zulassung derzeit geprüft wird.

3.

Wann erfolgte die letzte Kontrolle durch die Zulassungsbehörde?

Siehe Antwort zu Frage 2).

4.

Wurden Sie vom Fachdienst des Landkreises generell über positive Ergebnisse bei Produkt- und Umgebungsproben im Zusammenhang mit *Listeria monocytogenes* oder anderen Zoonoseerregern informiert?

Der Fachdienst hat mich über die Ergebnisse der nachstehend noch näher beschriebenen Fälle in Hamburg und Balingen jeweils informiert. Vor diesen Fällen hat mich der Landrat zuletzt am 11.12.2013 über positive Salmonellenfunde informiert. Weitere Informationen über positive Ergebnisse liegen mir nicht vor. Ich gehe aber davon aus, über positive Ergebnisse, die die jeweiligen gesetzlichen Grenzwerte überschreiten und dem Fachdienst bekannt geworden sind, stets informiert worden zu sein. Der Landkreis hat mir aber mitgeteilt, selbst nicht über alle Ergebnisse der Untersuchung betriebseigener Proben des Betriebes informiert worden zu sein.

Wenn ja, ab welchem Zeitpunkt?

Ich gehe davon aus, grundsätzlich zeitnah nach Eingang des Untersuchungsergebnisses informiert zu werden.

Welche Maßnahmen wurden seitens des RP KS eingeleitet?

Berichte über positive Ergebnisse bezüglich Zoonoseerregern führen stets zu einer zumindest telefonischen Abstimmung mit dem Fachdienst mit dem Ziel, zu erkennen, ob die von diesem eingeleiteten Maßnahmen aus Sicht der Fachaufsichtsbehörde angemessen sind.

Der oben genannte Salmonellenfund führte zu der oben genannten, am 29.01.2014 durchgeführten Kontrolle durch die Task-Force-Lebensmittelsicherheit. Zu den Listerienfällen verweise ich auf meine nachstehenden Antworten.

5.

Am 15. März 2019 wurde der Fachdienst von Hamburg über den Nachweis von *Listeria monocytogenes* in Pizza-Salami Kaliber 60 informiert (220 KBE/g). Die Firma Wilke war von Hamburg schon am 11. März 2019 über den Befund informiert worden. Für die verzögerte Meldung an die Behörde erhielt der Betrieb durch den Fachdienst später ein Bußgeld. Ein interner Rückruf wurde eingeleitet, vorhandene Ware vernichtet. Wurden Sie hierüber vom Landkreis informiert, wenn ja wann?

Ich wurde vom Landkreis am 18.03.2019 telefonisch über den Fall informiert.

Welche Maßnahmen wurden seitens des RP KS eingeleitet?

Ich stimmte dem Vorhaben des Amtes zu, einen stillen Rückruf der über dem Warnwert liegenden Chargen zu akzeptieren. Dies erfolgte, weil durch einen bereits erfolgten internen Rückruf durch den Betrieb alle in Frage kommenden Chargen erfasst wurden und nach Angaben des Amtes in den Befunden des Untersuchungsamtes keine Gesundheitsgefährdung erwähnt wurde. Außerdem habe ich dem Amt geraten, die Eigenkontrollen der Fa. Wilke hinsichtlich einer Listeriendetektion und die Maßnahmen hinsichtlich einer Listerienvermeidung verstärkt und länger zu kontrollieren. Ferner sollte der Fa. Wilke deutlich gemacht werden, dass eine Woche Untätigkeit bei Vorliegen eines solchen Befundes nicht akzeptabel ist. Die Zusammenarbeit des Betriebes mit dem Amt müsse verbessert werden. Das Amt hat mir dann zugesichert, die Rückrufaktion zu überwachen und sich Dokumente zu deren Plausibilität vorlegen zu lassen.

6.

Am 18. April 2019 wurde der Fachdienst durch Balingen (BW) über einen positiven *Listeria monocytogenes*-Befund in einer geschnittenen Frischwurstprobe der Fa. Wilke informiert. Daraufhin erfolgten verschiedene Maßnahmen durch den Betrieb und Kontrollen durch den Fachdienst. Wurden Sie hierüber vom Landkreis informiert, wenn ja wann?

Ich wurde vom Landkreis am 20.04.2019 (Ostersamstag) über den Fall per E-Mail informiert.

Welche Maßnahmen wurden seitens des RP KS eingeleitet?

Der Fall wurde am gleichen Tag noch mit dem Amt () erörtert. In diesem Bericht informierte mich das Amt über die bereits vom Betrieb auf freiwilliger Basis eingeleitete Rücknahme der möglicherweise betroffenen Produkte und eine erfolgte Abstimmung mit Ihrem () dass eine öffentliche Warnung nicht erforderlich sei. Aus diesem Grund habe ich keine weiteren Maßnahmen eingeleitet.

7.

Kontrolle am 5. September 2019

Ich verweise auf meinen Bericht vom 15.10.2019.

8.

In der Telefonkonferenz vom 25. September 2018 (2019) wurde seitens des Kreises die Behauptung aufgestellt, bauliche Mängel seien soweit behoben. Welche Mängel sind das gewesen?

Nach dem von Ihnen gefertigten Protokoll der Telefonkonferenz wurden vom Amt „im übrigen Betrieb Mängel soweit behoben“ und „eine erhebliche Verbesserung in der Betriebshygiene“ festgestellt. Die Behauptung „bauliche Mängel seien soweit behoben“ konnte ich im Protokoll nicht wiederfinden. Das Amt hat seine Schließungsverfügung vom 11.10.2019 konkret mit den am 05.09.2019 festgestellten baulichen Mängeln begründet und dabei nicht ausgeführt, dass einzelne Mängel bereits abgestellt worden seien. Daher vermag ich mir nicht vorzustellen, zu welchen baulichen Mängeln das Amt am 25.09.2019 von einer Erledigung gesprochen haben könnte. Diese hätten in der Schließungsverfügung erwähnt werden müssen. Da das Protokoll der Betriebskontrolle vom 05.09.2019 zum Zeitpunkt der Telefonkonferenz noch nicht vorlag, gab es für die Besprechungsteilnehmerinnen und -teilnehmer keine Veranlassung, konkrete Mängel durchzusprechen. Konsens in der Telefonkonferenz war es, vorerst von einer Betriebs-schließung abzusehen, sofern keine weiteren positiven Befunde auftreten (Protokoll S. 3).

Hat der Fachdienst die Mängelbeseitigung dokumentiert und Ihnen als Zulassungsbehörde übersandt?

Die Dokumentation der Mängel erfolgte im undatierten Kontrollbericht. Dieser wurde mir am 14.10.2019 durch das Amt übersandt. Eine Dokumentation über die Mängelbeseitigung liegt mir nicht vor. Allerdings gehe ich unter Bezugnahme auf die Begründung der Schließungsverfügung von keinen wesentlichen Mängelbeseitigungen aus.

9.

In der Telefonkonferenz am 8. Oktober informierten Sie darüber, dass nach der Schließungsverfügung durch das Amt vorgesehen ist, die Zulassung gemäß Artikel 3 der VO (EG) 854/2004 aberkennen zu lassen. Wie ist der aktuelle Stand?

Nach Artikel 3 Absatz 4 Bst. b) der genannten Verordnung gilt folgendes:

„Stellt die zuständige Behörde ernsthafte Mängel fest oder muss sie die Produktion in einem Betrieb wiederholt stilllegen und ist der Lebensmittelunternehmer nicht in der Lage, für die künftige Produktion angemessene Garantien zu bieten, so leitet die zuständige Behörde entsprechende Verfahren ein, um dem Betrieb die Zulassung zu entziehen.“

Der Entzug der Zulassung setzt demnach ernsthafte Mängel oder wiederholte Stilllegungen und außerdem eine Prognose, dass die Zulassungsfähigkeit nicht wiedererlangt werden kann, voraus. Das Verfahren zur Prüfung des Entzugs der Zulassung habe ich bereits nach Schließung des Betriebs eingeleitet. Seitdem habe ich es allerdings nicht weiterbetrieben, da

- der Verbraucherschutz derzeit bereits durch die Schließungsverfügung zuverlässig sichergestellt wurde,
- ich den Abschluss des gerichtlichen Eilverfahrens abwarten wollte und
- ich zunächst abzuwarten habe, ob ein möglicher künftiger, den Betrieb fortführender Lebensmittelunternehmer angemessene Garantien für die künftige Produktion bieten kann und die vorhandenen Mängel vor Betriebsbeginn beseitigt. Aktuell kann ich Ihnen berichten, dass mir der vorläufige Insolvenzverwalter über einen Interessenten berichtet hat, der möglicherweise den Betrieb fortführen möchte.

Das Verfahren wird in Kürze fortgeführt.

10.

In welchen Fällen werden Sie über Ergebnisse von Betriebskontrollen in Lebensmittelbetrieben von Ihren Kreisen unterrichtet?

Nach Artikel 3 Abs. 1 der AVV-Lebensmittelhygiene sind die Überwachungsbehörden verpflichtet, Mängel in zugelassenen Betrieben, sofern sie nicht kurzfristig behoben werden, der für die Erteilung der Zulassung zuständigen Behörde mitzuteilen. Auf der Grundlage dieser Mitteilungspflicht werde ich im Rahmen des Tagesgeschäfts vereinzelt von den Ämtern kontaktiert, wenn ein Amt ein Problem mit einem Betrieb hat. Daraus folgt nicht in jedem Fall eine Betriebskontrolle, oft reichen Telefongespräche oder kurze schriftliche Hinweise aus.

11.

Gemäß dem Gesetz zum Vollzug von Aufgaben auf den Gebieten des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung vom 21. März 2005 in der Fassung vom 17.10.2014 ist die normierte Fachaufsicht stark eingeschränkt. Welche Gesetzesänderungen wären aus Ihrer Sicht notwendig und sinnvoll, um die Fachaufsicht zu stärken ...

Zu vorgesehenen Änderungen des Aufgabenvollzugsgesetzes habe ich am 17.01.2011 und 22.06.2018 an Sie und am 05.05.2011 an das Hessische Ministerium des Innern berichtet. Dabei habe ich jeweils angeregt, die zum Einzelfallweisungsrecht bestehenden Einschränkungen in § 1 Abs. 2 des Gesetzes aufzuheben und den Regierungspräsidien die uneingeschränkte Fachaufsicht zu übertragen. Ziel war die Vermeidung von Differenzen zwischen Aufsichts- und Vollzugsbehörden zur Auslegung der einschränkenden Begriffe und damit Zeitverzögerungen beim Vollzug. Diese Änderung, die ich weiterhin sehr begrüße, ist im aktuellen, dem Hessischen Landtag vorgelegten Gesetzentwurf enthalten.

... oder sogar Teile der Zuständigkeiten gemäß Artikel 1 Abs. 1 diese auf eine Staatliche Behörde zu verlagern?

Angesichts des aktuellen Listeriosegeschehens sollten durchaus Überlegungen zur Verlagerung von Zuständigkeiten auf eine Staatliche Behörde angestellt werden. Dies könnte erfolgen, indem Aufgaben auf einen (neu zu schaffenden) „Staatlichen Landrat/Oberbürgermeister“ (wie vor der Kommunalisierung) oder aber auf die Regierungspräsidien übertragen werden.

Eine Übertragung auf eine staatliche untere Behörde würde zu einer engeren Anbindung an das Fachressort führen und insoweit mögliche kommunale Einflüsse auf die unteren Vollzugsbehörden zurückdrängen. Im konkreten Geschehen vermag ich noch keine Einschätzung darüber abzugeben, ob tatsächlich ein kommunaler Einfluss auf das Verwaltungshandeln bestand. Auch bei einer „Verstaatlichung“ könnten Unterschiede zwischen unterer Behörde und Fachaufsicht bei der fachlichen Beurteilung eines Sachverhalts nicht ausgeschlossen werden.

Eine Übertragung von Vollzugsaufgaben auf die drei Regierungspräsidien würde zu einer gänzlich anderen Situation führen. Kommunale Einflüsse wären kaum spürbar, ein fachliches „Durchregieren“ wäre möglich. Kernfrage dabei wäre allerdings, um welche Aufgaben es dann konkret ginge. Würde man den Regierungspräsidien die komplette Überwachung der zugelassenen Betriebe übertragen, würde dies einen immensen Personalbedarf bei den Regierungspräsidien hervorrufen. Im Bereich Lebensmittel/Fleisch sind in meinem Bezirk ca. 300 Betriebe zugelassen. Diese müssten zum Teil täglich (Zerlegungsbetriebe), wöchentlich oder monatlich überwacht werden. Hinzu kämen ggf. auch die in den Bereichen Tierische Nebenprodukte und Tierseuchen zugelassenen Betriebe, die auch einbezogen werden könnten.

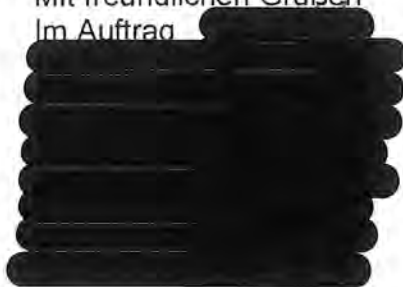
Alternativ könnte eine Übertragung nur für bestimmte Betriebsarten erfolgen. Dann müsste aber konkret geregelt werden, nach welchen Kriterien eine Zuordnung erfolgen sollte, was nicht einfach wäre. Eine Zuordnung nach Betriebsgröße müsste rechtlich sauber erfolgen, zumal die Betriebsgrößen auch Schwankungen unterliegen.

Ich favorisiere eher eine Beibehaltung der Zuständigkeiten für Überwachungsmaßnahmen bei der unteren Ebene bei einer gleichzeitigen Verstärkung der Kontrollen durch die Zulassungsbehörde. Auch dies hätte einen Personalbedarf bei den Regierungspräsidien zur Folge, aber in geringerem Umfang. Im Sachgebiet Lebensmittel/Fleisch meiner Behörde war früher, als die Zulassungen noch nach nationalem Recht erfolgten, Personal im Umfang von je 2 Dritteln einer Tierarztstelle und einer Sachbearbeitungsstelle eingesetzt. Mit diesem Personal konnte ich seinerzeit die Zulassungsverfahren betreiben, aber auch regelmäßig (in Abständen von 3 bis 12 Monaten) alle zugelassenen Betriebe selbst überprüfen. Damals unterlagen aber nur ca. 20 – 30 Betriebe der Zulassungspflicht. Durch das EU-Hygienepaket von 2004 wurde die Zulassungspflicht erheblich ausgeweitet. Bis Ende 2008 konnte ich durch temporäre Personalverstärkung alle Zulassungsverfahren bei ca. 300 Betrieben fristgemäß abschließen. Im Anschluss daran bis heute ist das in diesem Bereich eingesetzte Personal mit Neu- und Änderungsanträgen voll ausgelastet, auch wenn ich den Tierarztbereich auf nunmehr 1 Stelle minimal verstärken konnte. Die Bearbeitung von Neu- und Änderungsanträgen erfolgte

zu Lasten der eigenen Kontrollen, die nur noch sporadisch und bei konkreten Bitten der unteren Vollzugsbehörden erfolgen können. Es liegt auf der Hand, dass ich nicht mit weitgehend gleichem Personalstand die 10-fache Anzahl an Betrieben regelmäßig überwachen kann, zumal es eine solche Kontrollpflicht für die Zulassungsbehörden auch nicht gibt. Eine Personalverstärkung habe ich hier bisher nicht beantragt, da es eben keine gesetzliche Kontrollpflicht für Zulassungsbehörden gibt und ich den politischen Willen nicht so einschätzte, dass regelmäßige Kontrollen auf der Basis einer Risikoeinschätzung durch die Zulassungsbehörden gewünscht sind.

Daher schlage ich vor, gemeinsam ein Konzept für Überwachungsmaßnahmen durch die Zulassungsbehörden zu erarbeiten. Als erste grobe Schätzung würde ich bei einem Überwachungsrythmus von 3 Monaten bei größeren Betrieben oder Betrieben mit größerem Risiko und 12 Monaten bei anderen Betrieben von ca. 400 Kontrollen im Jahr in meinem Bezirk ausgehen, was (vorsichtig geschätzt) einem zusätzlichen Personalbedarf von 4 Stellen höherer Dienst (3,5 Tierarzt und 0,5 Jurist), 2 Stellen gehobener Dienst (Sachbearbeitung) und 1 Stelle mittlerer Dienst (Mischarbeit) entsprechen würde.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

A large rectangular area of the document is completely blacked out, redacting the signature and any text that might have been below the signature line.